

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 27.05.2021

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Unterbrechungen: 17:45 Uhr bis 17:55 Uhr
19:20 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: Soll 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist 35 Mitglieder der Stadtvertretung

Entschuldigt fehlten: Ratsherr **Bromberger** (CDU)
Ratsherr **Fink** (AfD)
Ratsherr **Gesswein** (CDU)
Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE)
Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD)
Ratsfrau **Plessow** (B90/DIE GRÜNEN)
Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE)
Ratsherr **Schröder** (DIE LINKE)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertretung:

Herr Witt, Oberbürgermeister
Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters
Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 14. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste. Besonders herzlich begrüßt er die Gäste, die in der heutigen Sitzung eine besondere Ehrung erfahren.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Herr Rechtsanwalt Jochen **Lansky**, Einwohner der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes Neubrandenburg e. V., kündigt zwei Fragen zur Situation der steigenden Wohnungslosigkeit an.

1. Frage: Der Mieterverein beobachtet verstärkt gegenwärtige Räumungsverfahren. Er selbst hat sich im vergangenen Jahr mit dem Vorschlag einer „Initiative gegen Wohnungslosigkeit“ an die Stadt gewandt, um dieser Tendenz entgegenzuwirken. Dieser Vorschlag wurde von der Stadtverwaltung abgelehnt.

Frage: Hat sich auch die Stadtvertretung mit diesem Vorschlag beschäftigt?

Falls das der Fall ist, spiegelt die RA Lansky zugegangene Antwort auch die Meinung der Stadtvertretung wieder?

2. Frage: Diese Frage betrifft ein Problem der Mieter in der Neustrelitzer Straße 7b: Dort unterhält eine Mieterinitiative seit 1999 eine Begegnungsstätte, den Mietertreff, in dem bis zur Coronakrise eine Vielzahl geselliger, kultureller Veranstaltungen stattgefunden hat. Die Einrichtung wird von den Mietern – überwiegend sehr alten Leuten – mit einem Sprecherrat selbst betrieben.

Seit Februar 2020 (Beginn der Corona-Pandemie) bis heute, also auch in der Corona-Zeit, bezahlte der Mieterrat pünktlich Miete, ohne die Räume nutzen zu können.

Jetzt, wo sie sich auf die Nutzung ihrer Räume nach Corona freuen, erhielten sie von der NEUWOGES die Kündigung des Mietverhältnisses zum Dezember 2021 und die Aufforderung zur Räumung mit der Begründung, dass die Räume als Unterstellmöglichkeit benötigt werden.

Frage 1: Sind Verwaltung und Stadtvertretung mit RA Lansky einer Meinung, dass die Liquidierung eines der wenigen tatsächlich selbst verwalteten Projekte unserer älteren Menschen gerade in dieser Situation, zu diesem Zeitpunkt und für diese Personengruppe ein unerträglicher Missgriff ist?

Frage 2: Welche Möglichkeiten sehen Stadtvertretung und –verwaltung, die Wohnungsgesellschaft unserer Stadt zur Korrektur dieses Missgriffs zu bewegen?

Frage 3: Wo können die Unterschriften, die sich gegen die Kündigung wehren, abgegeben werden?

Stadtpräsident Ratsherr **Stegemann** bedankt sich für die Anfrage und verliest ein Schreiben der Neubrandenburger Einwohnerin Frau Henny **Frey**, das die gleichen Themen zum Inhalt hat.

Die Schreiben werden der Niederschrift als Anlagen hinzugefügt.

Anschließend verliest Stadtpräsident Ratsherr Stegemann zusätzlich die ihm durch die Verwaltung aufgearbeiteten Hintergründe zum ersten Teil des Schreibens von Frau Frey.

„Im Mai 2020 hatte der Vorsitzende des Mieterbundes Rechtsanwalt Lansky das Ansinnen einer „Initiative gegen Wohnungslosigkeit“ an den Oberbürgermeister herangetragen.

RA Lansky hatte vorgetragen, dass Mieter*innen, denen ein Räumungsverfahren droht, sich nicht so gern von den entsprechenden Behörden oder den Sozialarbeiter*innen der Wohnungsunternehmen beraten lassen, sondern eher von einer unabhängigen Organisation wie dem Mieterbund. Er hielt es daher für wichtig, dass der Mieterbund möglichst frühzeitig bei drohender Wohnungslosigkeit hinzugezogen wird und schlug eine „Neubrandenburger Initiative gegen Wohnungslosigkeit“ vor, der die großen Vermieter, die Stadt und der Mieterbund beitreten sollten und die durch Einschaltung der Berater des Mieterbundes möglichst vor Erhebung der Räumungsklage, spätestens aber vor Beginn der Vollstreckung helfen sollte, Wohnungslosigkeit zu verhindern.

Der Vorschlag lautete, für eine durch die Stadt Neubrandenburg finanzierte Jahresmitgliedschaft von 50 EUR würde der Mieterbund Mieter, die von Kündigungen, Räumungsklagen bzw. –vollstreckungen betroffen sind, beraten und entsprechende Hilfe organisieren.

Die Bürgerbeauftragte, der das Schreiben zur weiteren Bearbeitung übergeben wurde, beriet sich daraufhin nicht nur mit den zuständigen Fachbereichen und dem Ordnungsamt, sondern

auch mit den Geschäftsführern der beiden großen Wohnungsunternehmen in der Stadt sowie mit dem Oberbürgermeister. Im Ergebnis wurde Frau Frey mitgeteilt, dass sich die Stadt an der Initiative wie von RA Lansky gewollt, nicht beteiligen werde.

In der Begründung wurde erläutert, dass die Verhinderung von Wohnungslosigkeit eine klassische Aufgabe der Sozialverwaltung, also des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte ist und die Stadt Neubrandenburg die Leistung der Abwehr von Gefahren, die wohnungslosen Menschen drohen, zu erbringen hat. Daher ist durch die Stadt für die Unterbringung unfreiwillig obdachlos gewordener Personen Sorge zu tragen.

Dies wird durch das Vorhalten von Wohnraum in Form eines Platzes in einer Obdachlosenunterkunft bzw. in angemieteten Wohnungen gewährleistet. Die Kosten der Unterbringung werden vorwiegend durch das Jobcenter getragen. Somit wären für die Stadt Neubrandenburg finanzielle Leistungen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit sogenannte freiwillige Leistungen, die die Stadt nur bei ausreichend wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erbringen könne, wenn es dazu einen entsprechenden Beschluss der Stadtvertretung gäbe.

Allerdings befand sich die Stadt Neubrandenburg nach wie vor in der Haushalts-Konsolidierung und darf daher neue Aufgaben, die nicht durch gesetzliche Verpflichtungen begründet sind, nicht wahrnehmen.

Aus Sicht der Vertreter der beiden Wohnungsunternehmen gibt es eher einen Rückgang an Räumungsklagen. In den Fällen, in denen Mieter tatsächlich beklagt werden müssen, würde auch der Mieterbund eher keine Erfolgsaussichten haben. Für die meisten Fälle hat dieser das auch selbst so eingeschätzt.

Die Stadt hat mittelfristig auch keinen finanziellen Vorteil gesehen, weil dieser nur eintreten würde, wenn die notwendigen Kapazitäten für die Unterbringung obdachloser Personen, die vorgehalten werden müssen, spürbar reduziert werden könnte. Allerdings spiegelt die jetzige Bettenkapazität auch die Erfahrungswerte der letzten Jahre wieder.

Dem Schreiben von Frau Frey lag ein Schreiben der NEUWOGES vom 15.01.2021 bei, in dem der Mietvertrag für das Gewerbeobjekt Mieterinitiative Neustrelitzer Straße zum Ende des Jahres gekündigt wurde.

Frau Frey schreibt zur Kündigung des Miettreffs:

„Seit ich in die Neustrelitzer Str. 7b eingezogen bin, habe ich – bis Corona kam – erlebt, wie die Senioren sich auf dieses Zusammensein freuen und ich bewundere die Frauen, die die Veranstaltungen vorbereiten.

Ich will nicht glauben, dass ihnen das genommen wird.

Ihrer Beratung wünsche ich einen guten Verlauf.

Henny Frey“

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, erinnert Herrn Lansky an das Gespräch vor einem Jahr, in dem er ihm den Weg gezeigt hatte, wenn eine Mitgliedschaft der Stadt Neubrandenburg gewünscht ist, dass man sich an eine Fraktion wenden kann und durch diese ein entsprechender Antrag in die Stadtvertretung eingebracht werden würde. Die Begründung der Verwaltung, die auszugsweise durch den Stadtpräsidenten eben vorgetragen wurde, wird auch heute noch so von ihm getragen.

Herrn **Witt** ist es wichtig, nicht im Raum stehen zu lassen, die Stadt würde für sozial etwas schlechter gestellte Menschen nichts tun, sich nicht kümmern. Neben Unterstützungsmöglichkeiten, die es in verschiedenen Lebensbereichen gibt, bieten sowohl er als auch die Stadtvertreter*innen den direkten Kontakt mit allen Bürger*innen über die Bürgersprechstunden, die öffentlichen Ausschüsse, Einwohner*innenforen etc. an.

Zum zweiten Teil der Fragen verweist Herr **Witt** auf eine Information der NEUWOGES, aus der hervorgeht, dass die Kündigung erfolgen musste, weil der Raum gebraucht wird, um Elektrorollstühle der Mieter*innen dort unterzubringen. Er wird das Anliegen aber mitnehmen,

um gemeinsam mit der NEUWOGES zu prüfen, ob es eine Kompromisslösung für die Ermöglichung der weiteren Arbeit dieser Eigeninitiative der Mieter*innen und die bedarfsgerechte Unterbringung der Elektrorollstühle geben kann.

Ratsherr **Jaschinski** (Die LINKE) gibt für seine Fraktion zur Kenntnis, dass diese nicht mit dem Anliegen einer Initiative gegen Wohnungslosigkeit konfrontiert wurde. In der nächsten Fraktionssitzung werde man darüber beraten und eine Antwort verfassen. Er kann für seine Fraktion aber schon ausschließen, dass die Stadt sich dieser Initiative nicht anschließen wird.

Ratsherr **Lange** (SPD) fragt nach, ob dem Mietertreff eine neue Räumlichkeit angeboten wurde, wenn die bisherigen Räume für die Elektrorollstühle und Ladestationen gebraucht würden.

Herr **Witt** zeigt an, dass er diesen Sachverhalt erst seit einem Tag kennt, davon ausgeht, dass die NEUWOGES nach einem Abwägungsprozess diesen Raum als einzige Möglichkeit für die Unterstellung der Elektrorollstühle gesehen hat, er aber mit der Wohnungsgesellschaft darüber nochmal das Gespräch suchen wird.

Er erinnert daran, dass er das Schreiben von RA Lansky vom Mai 2020 in einer Sitzung des Präsidiums der Stadtvertretung thematisiert hatte und man sich darauf geeinigt hat, dass die Verwaltung in der vorgetragenen Art und Weise antwortet.

Ratsherr **Schnell** (AfD) zeigt sich ärgerlich darüber, nicht vorher schon von dem Brief mit wichtigen Anliegen der Bürger*innen erfahren zu haben und bittet darum, dass zukünftig solche wichtigen Sachverhalte an die Stadtvertreter*innen herangetragen werden, damit diese den Bürger*innen antworten können.

Stadtpräsident **Stegemann** sichert die Übergabe des Briefes an die Fraktionen zu.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) bittet um zeitnahe Übersendung des Schreibens und der heutigen Anfragen von RA Lansky.

Herr **Witt** sichert zu, alle Schreiben zu übergeben. Er macht darauf aufmerksam, dass der Brief von Frau Frey am Freitag, dem 21. Mai bei der Stadt eingegangen ist und die eigentliche Bearbeitung am 25. Mai nach Pfingsten begonnen hat, zwei Tage vor der Sitzung der Stadtvertretung, in der er verlesen werden sollte.

Ratsherr **Prof. Northoff** (SPD) versichert, dass ihm und der Fraktion die Interessen der Mieter*innen sehr wichtig sind und bittet RA Lansky, die Möglichkeiten der Fraktionen zu nutzen und an diese heranzutreten.

Stadtpräsident **Stegemann** bittet, die Unterschriftenliste am Tisch des Protokolls abzugeben.

Herr **Oldorf**, Einwohner der Stadt Neubrandenburg, äußert sich zum Bedarf der Mieterinitiative und rechnet vor, dass theoretisch 600 Bewohner*innen der vier Wohnscheiben und des gegenüberliegenden Blocks 3 die Mieterinitiative nutzen wollen würden. Statt des vorgeschlagenen Raumes für die Unterbringung der Elektrorollstühle, der für einige Mieter*innen Laufwege von mehr als 100 Metern mit sich bringen würde, schlägt er vor, die im Erdgeschoss etwa 50 Meter näher befindliche Wohnung des Hausmeisters zu nutzen oder eine zusätzliche Baulichkeit in einer vorhandenen Nische zwischen Block 1 und Block 2 zu errichten.

Herr **Witt** dankt für die Schilderung der örtlichen Zusammenhänge und stellt deren Erörterung mit der NEUWOGES in Aussicht.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, schließt Stadtpräsident **Stegemann** die Einwohnerfragestunde.

TOP 3 Ehrungen verdienstvoller Bürger*innen und Unternehmen der Stadt Neubrandenburg

Stadtpräsident **Stegemann** nimmt die Ehrung verdienstvoller Bürger*innen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg vor. Er verweist darauf, dass dies in der heutigen Sitzung der Stadtvertretung wegen des Ausfalls des jährlichen Bürgerempfangs aufgrund der Corona-Pandemie erfolgt.

Die Stadtvertretung Neubrandenburg hatte am 22. Oktober 2020 beschlossen, folgende Personen für ihr jahrelanges, außergewöhnliches Engagement im Ehrenamt zu würdigen:

Frau **Christa Grund** leitet seit 13 Jahren die Ortsgruppe 9 der Volkssolidarität in Neubrandenburg, die sich mit dem Vorschlag für diese Ehrung für die monatlichen Veranstaltungen, Vorträge, die Organisation von musikalischen und kulturellen Begegnungen in den Kultureinrichtungen der Stadt, für Konzertbesuche sowie die Organisation von Tagesreisen und Schiffsausflügen bedankt.

Herr **Andreas Jordan** wurde vom Freien Fanfarenzug Neubrandenburg Stadt 1980 e.V. für sein enormes Engagement als Vereinsleiter seit 10 Jahren, die Zeit, die er dafür, besonders aber für die Organisation der jährlichen Spendengala zu Ehren der José-Carreras-Leukämie-Stiftung aufwendet, vorgeschlagen.

Frau **Anke Jurchen** leitet seit 20 Jahren den Förderverein der Grundschule Süd und hat maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung des Schulkonzeptes mit seiner sportlichen und gesundheitsorientierten Ausrichtung. Für die Vereinsarbeit investiert sie einen hohen Anteil ihrer Freizeit.

Frau **Ute Kraft** wurde für die Würdigung ihrer ehrenamtlichen Arbeit im Eine Welt – Nueva Esperanza e. V. vorgeschlagen. Sie hat dort neben Schichtarbeit im Pflegedienst, familiären Herausforderungen und trotz eigener Erkrankung 15 Jahre als Vorstandsvorsitzende gewirkt.

Herr **Peter Lippold** ist Gründungsmitglied des Fördervereins „Freunde der Gesamtschule e.V.“ der IGS „Vier Tore“, der ihn auch für diese Würdigung vorgeschlagen hat und deren Vorsitzender er 15 Jahre war. Er erfand, förderte und unterstützt bis heute zahlreiche Projekte und Veranstaltungen, die die Gesamtschule nur über den Förderverein anbieten konnte.

Die Geehrten erhalten Glückwünsche des Stadtpräsidenten und des Oberbürgermeisters sowie von Frau Cummerow, Vorstandsvorsitzende der Neubrandenburger Sparkassenstiftung.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, würdigt das DUDEN Institut für Lerntherapie Neubrandenburg – **Kathrin Ader** – für sein wirtschaftliches und soziales Engagement zum Wohle der Stadt. Das Unternehmen zeichnet sich insbesondere durch seinen Beitrag zur Inklusion im Sinne von bestmöglicher individueller Entfaltung statt Erfüllung vorgegebener gesellschaftlicher Leistungsparameter aus.

Stadtpräsident und Oberbürgermeister gratulieren gemeinsam.

Die Namen der fünf Geehrten und des ausgezeichneten Unternehmens sind im Ehrenbuch der Stadt eingetragen.

Viele Empfehlungen zur Würdigung des Ehrenamts beim Bürgerempfang bezogen sich in diesem Jahr auf ehrenamtliche Leistungen während der besonderen Zeit der Corona-Pandemie. Die Stadtvertretung hat deshalb entschieden, dem Vorschlag des Fördervereins des Albert-Einstein-Gymnasiums e. V. zu folgen, und stellvertretend für eine Gruppe von Schüler*innen des Albert-Einstein-Gymnasiums **Mai Ngyen** und **Jonas Eckhardt** für die schnelle Entwicklung einer Online-Plattform für den Distanzunterricht auszuzeichnen. Durch diese Plattform war es möglich, lebendigen Online-Unterricht in verschiedenen Formen (Sprachchats, Arbeitsgruppen, Hochladen verschiedener Dokumente) durchzuführen.

Außerdem wird **Marcos Atala** als ein herausragender Helfer im Netzwerk NB HILFT 2.0 gewürdigt. Das Netzwerk wurde gegründet, als es wegen dem Corona-Lockdown im März 2020 für viele Menschen, die einer Risikogruppe angehören, schwierig wurde, sich selbst zu versorgen. Diese Menschen wurden bei Einkäufen und durch praktische Hilfestellungen unterstützt.

Stadtpräsident und Oberbürgermeister nehmen gemeinsam die Ehrungen vor.

TOP 4 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, erinnert zunächst, dass in der Sitzung der Stadtvertretung am 22.04.2021 darüber informiert wurde, dass das Mandat von Ratsherrn Michael Steinführer auf Herrn Wilfried Luttkus übergegangen ist.

Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 3 KV M-V verpflichtet er Ratsherrn **Luttkus** mit folgendem Text:

„Ich verpflichte Sie, als Mitglied der Stadtvertretung Neubrandenburg auf der Grundlage der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Ihr Mandat im Rahmen der Gesetze nach freier, nur dem Gemeinwohl verpflichtenden Überzeugung auszuüben. Ich verpflichte Sie zur Teilnahme an Sitzungen der Stadtvertretung, wenn Sie nicht aus wichtigem Grund verhindert sind. Ich verpflichte Sie zur Verschwiegenheit über die Ihnen bei Ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten jedoch nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.“

Der Stadtpräsident stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 19.05.2021). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 5 Beschluss über die Niederschrift der 15. Sitzung der Stadtvertretung am 22.04.2021

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 6 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VII/0058

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

TOP 7 Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung der Stadtvertretung

Dem Vorschlag von Ratsherrn **Stegemann**, Stadtpräsident, angesichts der sich verbessernden pandemischen Situation die nächste Sitzung in Präsenz durchzuführen, wird mehrheitlich, bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen gefolgt.

TOP 8 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, wertet die Konferenz der Oberbürgermeister der ostdeutschen Städte aus. Beraten wurden folgende Tagesordnungspunkte:

1. Maßnahmen für Kinder und Jugendliche nach der Corona-Pandemie:
Der Bund hat ein 2 Mrd. Euro-Paket aufgelegt, eine Mrd. Euro soll für die Aufholung der Lernrückstände sowie für die Fort- und Weiterbildung der Lehrenden genutzt werden und die zweite Milliarde Euro für die Schulsozialarbeit und die Kitas.
2. Zukunft der Innenstädte:
Der Deutsche Städtetag wird eine Datenbank mit Maßnahmen verschiedener Kommunen anlegen, auf diesen Datenpool mit Informationen über Maßnahmen gegen die Verödung der Innenstädte können die Kommunen zugreifen.
3. Die aktuelle Finanzsituation in den Städten:
Der Bund wird die Kommunen 2021/2022 nicht mehr unterstützen, aber es gibt in vielen Kommunen weiter sinkende Gewerbesteuererinnahmen.
4. Herausforderungen digitaler Gremiensitzungen:
Es gibt in Deutschland ein absolut buntes, mannigfaltiges Bild, wie Gremiensitzungen in dieser Zeit durchgeführt werden, auch durch die unterschiedliche Gesetzgebung in den Ländern.
5. Europa als Wertegemeinschaft:
Auch die Vier-Tore-Stadt hat ja viele europäische Städtepartnerschaften, welche auch gelebt werden, insbesondere durch die Vereine.

Der Bund hat eine Härtefallhilfe für Unternehmen initiiert, auf die Unternehmen insbesondere in Fällen, in denen die bestehenden Hilfen des Bundes und der Länder nicht funktionieren, zugreifen können.

Herr **Witt** berichtet über die Bitte des Schaustellerverbandes, zusätzliche Flächen zur Verfügung zu stellen, um Schaustellern die Möglichkeit zu geben, ihrem Beruf nachzugehen.

Ratsherr **Kadow** (fraktionslos) bittet, folgende Frage an die zuständigen Gremien weiterzuleiten:

Warum kommt niemand auf die Idee, angesichts der schwierigen Lehr- und Lernsituation während der Corona-Pandemie, das gerade zu Ende gehende Schuljahr für alle Schüler*innen zu wiederholen?

Ratsherr **Lange** (SPD) kritisiert den Umgang der Verwaltung mit Anfragen von Stadtvertreter*innen.

In der Mandantos-App ist die letzte öffentliche Anfrage von Dezember 2020 aufzurufen, da wird die Liste der Anfragen nicht aktualisiert.

Auf seine Anfrage mit der Nr. VII/0047 erhielt er eine sehr knappe Antwort und erst auf eine weitere, auf diese bezogene Anfrage wurde ein Vor-Ort-Termin ermöglicht, REMONDIS teilte mit, dass nach einer Lösung gesucht werde, Parkplätze wurden verkleinert etc.

Warum muss erst ein paar Mal nachgefragt werden, wenn ein Ratsherr sich an die Verwaltung wendet? Er erwartet fundierte Antworten.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) bittet um Rückmeldung zu folgenden Themen:

Er bezieht sich auf einen Artikel im Nordkurier zum Müllaufkommen in Broda und den Verweis auf junge Menschen. Er bittet die Verwaltung, an den Stellen, wo Müll hinterlassen wird,

Mülleimer hinzustellen, zumal bis auf weiteres keine alternativen Orte aufgezeigt werden können, wo sich junge Menschen aufhalten können. Damit verbunden äußert er die Bitte nach Prüfung, wo Orte sein könnten, an denen sich die jungen Menschen in akzeptierter Form aufhalten können.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** führt aus, dass es auch in Neubrandenburg Wohngebiete mit dichter Besiedlung gibt, in denen die Gefahr der Virusverbreitung höher ist. Er bittet darum, dass der Oberbürgermeister mit dem Landrat und dem Gesundheitsamt prüft, ob es in diesen Wohngebieten möglich ist, einen Einmalimpfstoff schnell und kompakt zu impfen. In einem dritten Thema bezieht er sich auf den Bericht des Oberbürgermeisters und die darin angekündigte Interkulturelle Woche. Er bittet darum, die Hochschule und auch ihn selbst einzubeziehen.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, will die Machbarkeit einer Impfung außerhalb der derzeit festgelegten Priorisierung prüfen und verweist darauf, dass der Impfstoff in ausreichendem Maß vorhanden sein muss.

Bezüglich der interkulturellen Woche erläutert er, dass die Hochschule Mitglied des Netzwerkes Migration sei und wie alle Mitglieder eingeladen ist, Veranstaltungen für die interkulturelle Woche vorzubereiten.

Herr **Witt** berichtet, dass die ersten beiden Punkte, die Ratsherr Prof. Dr. Northoff angesprochen hat, bereits in Arbeit seien. Am Steg gibt es mehrere neue Abfallbehälter. Er verweist auf die Kennzeichnung des Kulturparks als Denkmal.

Die AG „Kinder- und Jugendbeteiligung“ soll genau zu dem Thema in die Diskussion gehen, welche informellen Aufenthaltsmöglichkeiten man Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stellen kann. Bis September werden Vorschläge erwartet.

Ratsfrau **Muth** (Die LINKE) berichtet von Verunsicherungen bei Gastronomen, die keine Antworten von der Verwaltung erhalten konnten, ob auch in diesem Jahr die Sondernutzungsgebühren erlassen werden. Sie bittet die Verwaltung zu kommunizieren und klarzustellen, dass die Stadtvertretung beschlossen hat, dass auch in diesem Jahr diese Gebühren für die Außen gastronomie und die Straßennutzung nicht zu zahlen sind.

Ratsfrau **Wegner** (Bündnis 90/Die Grünen) fragt angesichts der bevorstehenden Sommerferien nach, ob es in der Stadt Neubrandenburg Planungen gibt, Angebote für Kinder und Jugendliche zu bündeln und zu unterstützen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Ratsherr **Dr. Wieland** (Die LINKE) bittet darum, dass beim Bauvorhaben des PSV, obwohl dieses nicht im Nachtragshaushalt eingearbeitet wurde, kein größerer Bauverzug entsteht. Er lobt die gute Arbeit dieses Breitensportvereins und hebt die konstruktiven Gespräche des Vereins mit dem OB und den Fraktionen hervor.

Ratsherr **Messner** (CDU) stellt eine Frage bezüglich der Ausgleichsflächen im Zusammenhang mit dem B-Plan 65, Gerstenstraße.

Auflage der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises ist die Schaffung sogenannter Kompensationsflächen. Die Vorschläge der Stadt wurden vor zwei Jahren von der Unteren Naturschutzbehörde abgelehnt. Jetzt wurde ein Kompromiss gefunden, man hat sich verpflichtet, eine halbe Million EUR auf ein sogenanntes Ökokonto einzuzahlen. Nutznießer ist eine Gemeinde im Osten Mecklenburg-Vorpommerns. Es geht um Maßnahmen zur Renaturierung des Gelliner Bruchs.

1. Gibt es eine Liste der Stadt Neubrandenburg für Kompensationsmaßnahmen?
2. Gibt es Abstimmungen mit den Umlandgemeinden der Stadt, alternativ sinnvolle Aus-

gleichsmaßnahmen auf einer gewissen win-win-Ebene anzubieten?

Die Anfrage erhält die DS-Nr.: **ANF/VII/0064**.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) bittet um schriftliche Beantwortung folgender Fragen zum Thema E-Mobilität und Ladeinfrastruktur bis zum 1. September 2021:

- Mit welcher Planung wird die Ladeinfrastruktur in der Stadt vorangebracht?
- Gibt es dazu ein ausformuliertes Konzept?
- Sind an allen neuen oder in den vergangenen 2 Jahren fertig gestellten größeren Wohnbau-Projekten (keine EFH) in der Stadt Ladesäulen vorhanden oder vorgesehen? (z. B. Irisweg oder Neues Tor)
- Wenn nein, warum nicht?
- Wie schnell und mit welchem Aufwand kann dies nachgerüstet werden?
- Was ist nötig, um dies künftig gleich in die Hausinfrastruktur zu integrieren? (Oder ist dies bereits geschehen?)
- Welche Planungen gibt es für die einzelnen Wohngebiete zum Aufbau einer wohnortnahen und lebenspraktischen Ladestruktur? (besonders für Wohngebiete mit Mehrfamilienhausbebauung)
z. B. je 15 Personen/Familien auf dem Datzberg, im Vogelviertel, im Bereich Külzstraße – John-Schehr-Straße entscheiden sich in den kommenden 12 Monaten für ein Elektroauto. Welche Möglichkeiten haben sie, ihr Fahrzeug praktikabel am nächsten Morgen voll aufgeladen zu fahren?
- Mit welchen Planungen arbeiten die NEUWOGES und NEUWOBA als Großvermieter in der Stadt an diesen Themen?
- Was muss ein Neubrandenburger Einwohner (der kein eigenes EFH bewohnt) wissen und tun, um sicher zu stellen, dass sein gewünschtes E-Auto auch stets wohnortnah genügend Strom bekommt?

Die Anfrage erhält die DS-Nr.: **ANF/VII/0065**.

Ratsherr **Donner** (SPD) kritisiert fehlende Toiletten im Kulturpark, insbesondere zwischen dem Eiscafé und dem Badehaus.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, berichtet, dass geprüft wurde, im Zusammenhang mit dem 2. Bauabschnitt der Stadthalle eine öffentliche Toilette zu errichten. Da das nicht möglich scheint, wird ein separater Platz gesucht.

Da die Planungen der Stadt eine Lösung in diesem Sommer nicht mehr vermuten lassen, stellt Ratsherr Donner die Frage bzw. bittet um Prüfung einer kurzfristigen, übergangsweisen mobilen Lösung, gegebenenfalls in einer Nische des Kulturparks.

Die Anfrage erhält die DS-Nr.: **ANF/VII/0066**.

Ratsherr **Gille** (SPD) dankt dem Betriebsausschuss, der Stadtverwaltung und dem Eigenbetrieb, dass es möglich war, eine Sonderausschusssitzung einzuberufen, um einen Vergabevorschlag vor dem eigentlichen Termin am 30.07.2021 zu beraten. Hintergrund ist, dass angesichts der steigenden Materialpreise die auftragnehmende Firma bereits die Information zum jetzigen Zeitpunkt erhalte und entsprechend reagieren kann.

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 01.04.2021 hatte die Fa. kplan-AG zugesagt, Informationen von fünf vergleichbaren Maßnahmen wie das Schwimmbad Neubran-

denburg, die sie betreut hat, zu übergeben. Es geht um Vergleiche der vorläufigen Kostennahmen, der Kostenfeststellungen und der Einheitspreise. Die Informationen liegen noch nicht vor. Ratsherr Gille bittet die Verwaltung, die Informationen einzuholen und zur Verfügung zu stellen.

Die Anfrage erhält die DS-Nr.: **ANF/VII/0067**.

Ratsfrau **Dr. Balschat** (CDU) berichtet von der Begeisterung von Kindern und Senioren über die neuen Spielplätze in der Stadt. Am Spielplatz am Messeplatz fehlen Papierkörbe, stellt sie fest.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) informiert, dass die Zahl der Papierkörbe in Abstimmung mit dem Eigenbetrieb von einem auf fünf erhöht wurde und dass der Platz täglich gereinigt werde.

Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, fragt zum Sachverhalt Unterbachstraße nach.

Herr **Witt** schlägt vor, zum Sachstand in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses zu berichten.

- PAUSE von 17:45 Uhr bis 17:55 Uhr

TOP 9 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, bittet um Nachtrag eines Änderungsantrages der Fraktion der SPD zur BV/VII/0221 (TOP 11) und eines Änderungsblattes zur BV/VII/0181 (TOP 29)

Er schlägt vor, die Drucksachen BV/VII/0200, BV/VII/0201, BV/VII/0202, BV/VII/0203, BV/VII/0204, BV/VII/0205 und BV/VII/0206 (TOP 14 – 20), die Drucksachen BV/VII/0082 und BV/VII/0083 (TOP 27 und 28) sowie die Drucksachen BV/VII/0193 und BV/VII/0194 (TOP 33 und 34) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Außerdem schlägt er vor, die TOP 33 und TOP 34 in der Tagesordnung vorzuziehen und nach dem TOP 25 zu beraten.

Ratsherr **Gille** (SPD) beantragt, die Vorlage BV/VII/0196 (TOP 31) in die Ausschüsse zurückzuverweisen und mit dem Stadtentwicklungsausschuss vor Ort zu beraten.

Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, stellt den Antrag von Ratsherrn Gille zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung: Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 10 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 11 Festlegung des Termins zur Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg **Vorlage: BV/VII/0221**

Ratsherr **Albrecht** (SPD) begründet den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und wirbt für den kombinierten Wahltermin von Bundestags-, Landtags- und Oberbürgermeister*inwahl im September. Er kann das Argument der Drucksache, die der Stadtpräsident als gemeinsamen Vorschlag einiger Fraktionen einbringt nicht nachvollziehen und bittet um Diskussion des Gegenvorschlags der SPD-Fraktion.

Zum Argument des Wahlkampfes verweist er darauf, dass es bereits Gelegenheit dazu gab und er keine Kandidaten möchte, die anderswo eine Wahl verloren haben. Er will einen bürgerfreundlicheren, bürgernäheren, demokratiefreundlichen und leichter umsetzbaren Wahltermin. Ratsherr Albrecht bittet Herrn Modemann um Stellungnahme und Statement aus seiner organisatorischen Sicht.

Er beantragt **namentliche Abstimmungen** sowohl zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD als auch zur Vorlage selbst.

Ratsherr **Schnell** (AfD) ist verwundert über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – zumal die Fraktion bei der Vorberatung mit am Tisch saß und dabei das Einbringen der Vorlage durch den Stadtpräsidenten Konsens der Fraktionen war.

Zudem weist darauf hin, dass es auch Einzelbewerber geben wird, die sich schwerlich in der Zeit, in der alle Flächen und Plätze durch die Werbung für die Bundestags- und Landtagswahl belegt sind, präsentieren können. Dadurch entsteht ein Vorteil für den Amtsinhaber und die Angehörigen der Parteien mit einem entsprechenden Apparat.

Ratsherr **Jaschinski** (Die LINKE) bestätigt, dass sich die Parteien in der Findungsphase für geeignete Kandidaten befinden. Außerdem gäbe es auch Aussagen von Wahlhelfer*innen, die sich beschwerten, dass sie bei drei Wahlen bis in die späte Nacht sitzen und auszählen müssten.

Ratsherr **Dr. Wieland** (Die LINKE) stimmt der zwischen den Fraktionen besprochenen Beschlussvorlage zu. Er gibt ein wichtiges Argument für einen eigenständigen Termin der OB-Wahl zu bedenken: Kommunalpolitik hat einen hohen eigenen Stellenwert. Ein eigener Termin bietet insofern die Chance, unbeeinflusst von Themen der Bundes- und Landesebene entscheiden zu können.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, verweist auf die demokratische Legitimierung der Mitglieder der Stadtvertretung durch die Wähler*innen, den demokratischen Charakter der Diskussion über den Wahltermin sowie seine eigene demokratische Legitimierung ebenfalls durch die Wahl durch die Bürger*innen der Stadt. Er begrüßt ausdrücklich die Diskussion in der Sitzung der Stadtvertretung, weil eine Diskussion in den Ausschüssen nicht stattgefunden hat. Für den Einstieg in die Diskussion setzt er zwei Prämissen: 1. Potenzielle Kandidaten machen ihre Kandidatur nicht von einem Termin abhängig und 2. Der Vorschlag der Fraktionen ist keine Trotzreaktion auf die von ihm vorgeschlagene Verfahrensweise einer verbundenen Wahl im September. Er erinnert daran, dass verbundene Wahlen nichts Neues sind, in seiner bisherigen Amtszeit fanden von 2015 bis 2019 in jedem Jahr Wahlen statt, von denen jede ganz unterschiedliche Ansprüche an die Wahlhelfer stellt.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, erläutert, dass nach Beschluss über das Datum der Wahl die Einladungen erstellt werden, die bisher üblichen Wahlräume organisiert werden und er davon ausgeht, dass die Zahl der Briefwähler stark ansteigen wird.

Ratsfrau **Barthel** (fraktionslos) unterstützt den Termin im September. Bis jetzt habe sich noch kein anderer Kandidat gezeigt. Eine Wahl zu einem Einzeltermin würde zu teuer und sie bestätigt, dass die Auszählung der Stimmen zur OB-Wahl nicht so lange dauert.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) macht deutlich, dass die Parteien die Kandidatur ihrer Kandidaten nicht nach dem Wahltermin ausrichten.

Der Änderungsantrag der SPD wird nach namentlicher Abstimmung und 13 Dafür- sowie 22 Gegenstimmen abgelehnt (Siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 23 Dafürstimmen, 10 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen (Siehe Anlage).

Beschlusnummer: **STV 16/11/2021**

TOP 12 Beitritt zum Aktionsbündnis B 96 Ausbau – So nicht!
Vorlage: BV/VII/0217

Ratsfrau **Wegner** (Bündnis 90/Die Grünen) begründet die Drucksache mit dem Verweis auf das Pariser Klimaschutzabkommens und der Verantwortung der kommunalen Ebene. Die notwendige CO₂-Reduzierung geht am Verkehrssektor nicht vorbei. Der geplante B 96-Ausbau ist kontraproduktiv zu den Klimaschutzziele, weil der Verkehr nicht reduziert, sondern durch die Verbesserung der Verkehrssituation noch attraktiver gemacht wird. Sie spricht die notwendigen baulichen erheblichen Veränderungen in der Landschaft für eine Herabsetzung der Durchfahrtszeit von 3 Minuten an. Sie führt an, dass dieser Beitritt nicht der Mitgliedschaft im B 96-Beirat widerspricht, sondern diesem eine neue starke Stimme für die Region gibt.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusnummer: **STV 16/12/2021**

TOP 13 Bessere Anerkennung des Ehrenamtes, hier: Angebot der Ehrenamtskarte M-V in Neubrandenburg ausbauen
Vorlage: BV/VII/0220

Ratsherr **Giermann** (CDU) begründet die Drucksache, von der er hofft, dass sie unumstritten ist, da das Ehrenamt im Fokus aller Ratsfrauen und Ratsherren steht. Die Ehrenamtskarte ist eine gute Gelegenheit, ehrenamtlich Tätigen im Sport, in der Kultur, im sozialen Bereich Anerkennung und Wertschätzung zukommen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 16/13/2021**

Die Tagesordnungspunkte 14 bis 20 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 14 Änderung des Beschlusses 21/02/19 Besetzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Vorlage: BV/VII/0200

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 16/14/2021**

TOP 15 Änderung des Beschlusses 08/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V; hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport
Vorlage: BV/VII/0201

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 16/15/2021**

TOP 16 Änderung des Beschlusses 60/03/19 Vollständige Neubesetzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V; hier: Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds in den Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit
Vorlage: BV/VII/0202

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/16/2021**

TOP 17 Änderung des Beschlusses 57/03/19 Vollständige Neubesetzung des Betriebsausschusses gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V; hier: Wahl eines Mitglieds in den Betriebsausschuss
Vorlage: BV/VII/0203

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/17/2021**

TOP 18 Änderung des Beschlusses 59/03/19 Vollständige Neubesetzung des Kulturausschusses gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V; hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Kulturausschuss
Vorlage: BV/VII/0204

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/18/2021**

TOP 19 Änderung des Beschlusses 04/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0205

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/19/2021**

TOP 20 Änderung des Beschlusses 16/01/19 Besetzung des Aufsichtsrates der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft
Vorlage: BV/VII/0206

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/20/2021**

TOP 21 Nachtragshaushaltssatzung 2021 mit Anlagen
Vorlage: BV/VII/0227 - 1. und 2. Lesung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, erläutert die Notwendigkeit des Nachtragshaushaltes mit den Beschlüssen der Stadtvertretung zum fiktiven Unternehmerlohn und anderen Formen der Unterstützung von Einzelhandel, Gastronomie, Vereinen und Verbänden. Den Befürchtungen, das Gesamtprojekt verzögere sich durch diese notwendig zu beschließende und durch das Innenministerium zu prüfende Satzung entgegnet er, dass bisher nur ein Drittel der eingereichten Anträge ausreichend vollständig sind. Alle anderen Anträge müssen noch ergänzt bzw. überarbeitet werden, daher werde sich der Zeitverzug in Grenzen halten.

Ratsherr **Jaschinski** (Die LINKE) möchte, dass die Verwaltung das Innenministerium um schnelle Genehmigung bittet, da die Unternehmen auf die Hilfen warten.

Ratsherr **Messner** (CDU) schließt sich den Worten von Ratsherrn Jaschinski an und erinnert, dass er als Mitglied der AG Coronahilfen bereits im Februar auf die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes hingewiesen hatte, da sie von den CDU-Kollegen in Greifswald darauf hingewiesen worden waren. Er entschuldigt sich öffentlich dafür, dass er sich nicht mit mehr Nachdruck dafür eingesetzt hat.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert, dass er die Satzung dem Innenministerium bereits vorab zur Verfügung gestellt hat.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 32 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/21/2021**

TOP 22 Richtlinie und Antrag „fiktiver Unternehmerlohn“ im Rahmen der Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie und zur Stärkung der lokalen Wirtschaft
Vorlage: BV/VII/0189

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, führt in diesen aus dem vorherigen Beschluss folgenden Beschluss ein und informiert über eine entsprechende Empfehlung des LFI, vor Umsetzung der Richtlinie diese durch die Kommunalaufsicht prüfen zu lassen.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) fragt nach, ob eine postalische Einreichung des Antrags zwingend notwendig sei. Herr **Witt** sagt Prüfung zu. Diese wird schriftlich nachgereicht.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/22/2021**

TOP 23 Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona Pandemie in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0229

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, gibt Änderungswünsche der Fraktionen, die in die vorliegende Drucksache eingearbeitet werden, zur Kenntnis:

Zum Punkt 1.1.: Mitgliedsstartgeld ist der Erlass *eines Jahresbeitrags* der Vereinsgebühren, um...

Zum Punkt 2.1.: Förderfähigkeit liegt vor,

- wenn aufgrund der Pandemie Einnahmen weggefallen sind....oder
- *wenn eine Kurzbeschreibung zur Durchführung der geplanten Werbekampagne vorgelegt wird oder*
- *wenn der Eintritt neuer Mitglieder (kein Wiedereintritt) zu verzeichnen ist.*

Zum Punkt 2.2.: *Antragsgemeinschaften (gemeinsamer Antrag mehrerer Berechtigter zur Durchführung einer gemeinsamen Veranstaltung) sind möglich.*

Vorlage eines *Kurzkonzeptes* zur Durchführung...

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) bittet darum, die Vorlage so schnell wie möglich zu überarbeiten und den Mitgliedern der Stadtvertretung zur Verfügung zu stellen...

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/23/2021**

TOP 24 Besetzung des Aufsichtsrates der Zentrum für Ernährung und Lebensmitteltechnologie Mecklenburg-Vorpommern gGmbH (ZELT)
Vorlage: BV/VII/0216

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 16/24/2021

TOP 25 Durchführung der Wahl der Schiedsperson für die Schiedsstelle II der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0195

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 16/25/2021

Die Tagesordnungspunkte 33 und 34 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 33 Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Ortsfeuerwehr Oststadt und Ernennung zum Ehrenbeamten
Vorlage: BV/VII/0193

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 16/33/2021

TOP 34 Zustimmung zur Wahl der Ortswehrführerin der Ortsfeuerwehr Oststadt und Ernennung zur Ehrenbeamtin
Vorlage: BV/VII/0194

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 16/34/2021

Die Ehrenbeamtin und der Ehrenbeamte werden von Oberbürgermeister **Witt** vereidigt. Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.“ Sie erhalten die Glückwünsche des Stadtpräsidenten, des Oberbürgermeisters und der Vertreter von allen Fraktionen der Stadtvertretung.

19:20 Uhr – 19:30 Uhr – Pause

TOP 26 Gründung eines Festkomitees zur 775-Jahrfeier der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0172

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 16/26/2021

Die Tagesordnungspunkte 27 und 28 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 27 Gebührenkalkulation zur Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungsgebührensatzung)
Vorlage: BV/VII/0082

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/27/2021**

Eine Nachfrage von Ratsherrn **Prof. Dr. Northoff** (SPD) zur Kalkulation des Verwaltungsaufwandes beim Posten Sondernutzungsgebühren wird durch Herr **Witt**, Oberbürgermeister, beantwortet.

TOP 28 Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungsgebührensatzung)
Vorlage: BV/VII/0083 – 2. Lesung

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 20 Dafürstimmen, 6 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/28/2021**

TOP 29 Radverkehrskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0181 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (Bündnis 90/Die Grünen) freut sich, dass mit diesem Konzept in Richtung des langgehegten Ziels der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, etwas für Radfahrende in Neubrandenburg zu verbessern, Bewegung gekommen ist. Fand noch vor 5 Jahren der Antrag der Fraktion auf Winterdienst auf Radwegen keine Mehrheit in der Stadtvertretung, findet sich dieses Vorhaben jetzt im Klimaschutzkonzept und wird in diesem Winter erprobt. Mit dem FahrRat gibt es ein Gremium, in dem Belange der Radfahrenden thematisiert werden können.

Das vorliegende Konzept ist die Weiterentwicklung des Radwegekonzeptes aus den 90er Jahren und schon die neue Benennung in Radverkehrskonzept mache deutlich, dass es nicht allein um Radwege gehe, sondern darum Radfahrende als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer zu stärken. Es zeigt auf, wo im Radwegenetz dringender Sanierungsbedarf besteht und wo noch Verbindungen fehlen. Ziel muss es sein, den Radverkehr attraktiver und sicherer zu machen. Regelmäßig alle zwei Jahre soll das Konzept überprüft und angepasst werden. So sind derzeit Radschnellwege als wünschenswerte schnelle Verbindungen zwischen Stadtteilen noch nicht aufgenommen. Denkanstoß, der weiter diskutiert werden sollte, ist auch die Nutzung von Busspuren für Radfahrende.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** dankt dem Fachbereich 2 und namentlich Frau Brentführer für die Erarbeitung des Konzeptes.

Ratsherr **Messner** (CDU) stellt richtig, dass er in der Diskussion hinsichtlich der Nutzung der Busspur für Radfahrende nie von einer geteilten Nutzung der Busspur für Bus und Radfahrende gesprochen hatte. Gemeint war, bei zukünftiger Sanierung des Fahrbahnbelages z. B. in der Neustrelitzer- bzw. der Demminer Straße auf der jetzigen Busspur eine Fahrradautobahn einzuplanen.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) dankt Frau Brentführer und Ratsherrn Kirchhefer für die Arbeit an diesem Konzept und gibt zu bedenken, dass das Thema „Radfahren in der Innenstadt“ einer Klärung bedarf. Vorteil des Konzeptes sei die zweijährliche Evaluierung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/29/2021**

**TOP 30 Sanierungsgebiet „Altstadt“ der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Verlängerung der Laufzeit der rechtskräftigen Sanierungssatzung „Altstadt“
Vorlage: BV/VII/0190**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 16/30/2021

**TOP 31 Bebauungsplan Nr. 122 „Westliches Bahnhofsquartier“
hier: 2. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0196**

Ratsfrau **Dr. Balschat** (CDU) geht auf einen Brief eines Bürgers hinsichtlich erheblichem Gesprächsbedarfs der Einwohnerschaft ein und beantragt, die Vorlage in den Stadtentwicklungsausschuss zurück zu verweisen, damit Gelegenheit besteht, vor Ort mit dem Investor und den Anwohnern zu beraten.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (Bündnis 90/Die Grünen) regt an, negative Auswirkungen auf den Klimaschutz auch in B-Plänen zu minimieren, z. B. durch Photovoltaikanlagen o.ä.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) verweist auf die 19 Einsprüche auf den 1. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss. Für den 2. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gibt es Hinweise auf ein rechtliches Vorgehen gegen den B-Plan. Das spricht dafür, die Bürger*innen mitzunehmen und in den Stadtentwicklungsausschuss zurück zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich zur Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss zurückverwiesen.

**TOP 32 Gedenkorte Bücherverbrennung
Vorlage: BV/VII/0197**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 16/32/2021

**TOP 35 Jahresbericht 2020 der Berufsfeuerwehr der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: INF/VII/0053**

Herr **Bühning**, Abteilungsleiter Brandschutz und Rettungsdienst, stellt die Eckwerte des Jahresberichtes vor.

Er dankt der Stadtvertretung für die Unterstützung der Berufs- und der freiwilligen Feuerwehren.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) dankt Herrn Bühning stellvertretend für alle Kameraden der Berufs- und freiwilligen Feuerwehren im Namen aller Ratsfrauen und Ratsherren für ihre tägliche Arbeit, die oft nicht genug geschätzt wird.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Jahresbericht 2020 der Berufsfeuerwehr zur Kenntnis.

TOP 36 **Beschluss einer Abschnittsbildung zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Baumaßnahme „Ausbau der Fasanenstraße“**
Vorlage: BV/VII/0207

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/36/2021**

TOP 37 **Beschluss über die Kostenspaltung zur Beitragserhebung für die Teileinrichtungen Fahrbahn, Gehweg und Straßenentwässerung der Baumaßnahme „Ausbau der Fasanenstraße“**
Vorlage: BV/VII/0209

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 16/37/2021**

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt fest, dass es weder seitens der Stadtvertretung, noch seitens der Stadtverwaltung nichtöffentlichen Redebedarf gibt und schließt die Sitzung.

gez. Dieter Stegemann
Stadtpräsident

gez. Sabine Renger
Protokollantin